

Von Uwe Rada

Was für ein Zeichen. Nach Polizeiangaben sind in Berlin 100.000 Menschen gegen Putins Krieg in der Ukraine auf die Straße gegangen, nach Angaben der Veranstalter waren es 500.000. Eine halbe Million, wann hat Berlin zuletzt eine solche Demonstration gesehen?

Putin greift ein freies Land an, und Berlin verwandelt sich in ein blau-gelbes Menschenmeer. Diese Bilder werden im Gedächtnis bleiben. Sie sind nicht nur ein Zeichen der Ermutigung für die Menschen, die in Kiew und Charkiw gegen russische Panzer kämpfen. Sie zeigen auch den Hunderttausenden, die auf der Flucht Richtung Westen sind: Ihr seid in unserer Stadt willkommen.

Auch für die politische Diskussion in Deutschland bedeutet dieser 27. Februar eine Wende. Während im Bundestag über die Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) debattiert wird, erklären Eltern am Neptunbrunnen ihren Kindern, dass Weiß-Rot-Weiß die Farben der belarussischen Demokratiebewegung bedeuten. Für die Kids dürfte der Sonntagsspaziergang zum Großen Stern auch die Verarbeitung der Bilder erleichtern, die sie seit Donnerstag Abend für Abend im Fernsehen oder in den sozialen Medien sehen.

Berlin rückt zusammen

Es scheint, als seien unter den Raketenangriffen, den Panzergrenaten und seit Sonntag auch der Drohung Putins mit Atomwaffen nicht nur die Ukrainerinnen und Ukrainer zusammengerückt, sondern auch die Menschen in Berlin. Auch wenn auf vielen Schildern „Mir“ stand, war das nicht nur eine Friedenskundgebung, sondern auch eine Demonstration für eine freie Ukraine. Die vielen blau-gelben Fahnen und Wimpel, die nicht nur bei den ukrainischen Demo am Neptunbrunnen getragen wurden, sind auch ein Hinweis darauf, dass die Berlinerinnen und Berliner spüren: Da kämpft ein Land nicht nur für sich selbst, sondern für den Frieden und für Demokratie in ganz Europa.

Die Älteren mag das erinnert haben an die Solidarität, die nach der Verhängung des Kriegsrechts 1981 in Polen die Stadt erfasst hatte. Zehntausende polnische Oppositionelle waren damals nach West-Berlin geflüchtet und mit offenen Armen empfangen worden. Sie waren Freiheitshelden im Kampf



Eine halbe Million: Wann hat Berlin zuletzt eine solche Demonstration gesehen?
Foto: Fabrizio Bensch/reuters

Für eure und unsere Freiheit

Hunderttausende gehen gegen Putins Krieg auf die Straße und tauchen Berlin in Blau-Gelb. Das ist nicht nur eine Ermutigung für die, die Kiew verteidigen, sondern auch ein Zeichen der Solidarität für alle, die nach Berlin fliehen

gegen das wahre Gesicht eines kommunistischen Regimes, die im „Schaufenster des Westens“ Zuflucht gesucht hatten.

Was aber, wenn sich der Krieg in der Ukraine in die Länge zieht und nicht Zehntausende wie 1981, sondern Hunderttausende in die Stadt kommen? Was, wenn die Benzinpreise auf 2,50 Euro steigen und auch eine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke und Kohlekraftwerke nicht mehr ausgeschlossen wird? Wird die Solidarität auch die Krisenzeiten überstehen?

Vielleicht muss man sich dann an diesen Sonntag erinnern und die Botschaften, die er auch von der Politik über die Parteigenossen hinweg bereitstellte. „Berlin hat ein starkes Zeichen gesetzt“, schrieb die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) auf Facebook, unter dem Hashtag #standwithukraine. Kultusminister Klaus Lederer (Linke) schrieb: „Solidarität mit den Ukrainer*innen – und allen in Russland, die mutig gegen diesen schändlichen Krieg protestieren.“

Nicht nur die Berlinerinnen und Berliner setzen also ein Zei-

chen der Solidarität, sondern auch die politisch Verantwortlichen. Gleichzeitig sind inzwischen die Vorbereitungen für die Aufnahme von Flüchtlingen angelaufen. Bis Sonntag waren rund 240 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine vom Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten registriert worden. Mit weiteren müsse gerechnet werden, sagte

„Berlin hat heute ein starkes Zeichen gesetzt“

Franziska Giffey

der Sprecher des Landesamtes, Sascha Langenbach. Sie können unter anderem mit den Fernzügen der Deutschen Bahn umsonst bis Berlin fahren.

Unter denen, die im Ankunftszentrum in Reinickendorf ankamen, seien auch Menschen, die nach einem Besuch von Verwandten oder Freunden in Berlin „gestrandet“ seien und nicht zurückreisen könnten, so Langenbach. Bereits am Freitag waren 90 Ukrainer und Ukrail-

nerinnen aufgenommen worden, am Samstag 120 und am Sonntag bis zum Mittag etwa 30 Flüchtlinge.

Ihnen stünden nun zwei Optionen offen: entweder das normale Asylverfahren oder Abwarten, bis die Bundesregierung eine Entscheidung über den künftigen Aufenthaltsstatus von ukrainischen Kriegsflüchtlingen trifft. Berlins Sozialsenator Katja Kipping (Linke) hatte zuvor den Bund aufgerufen, aufenthalts- und arbeitsrechtliche Fragen schnell zu klären: „Der Bund muss klarstellen, auf welcher rechtlichen Basis diese Menschen hier aufgenommen werden.“ Den Einmarsch Russlands in die Ukraine nannte die Senatorin einen „barbarischen Akt“.

Auch Brandenburg bereitet sich vor. Frankfurts Oberbürgermeister René Wilke stellt zunächst 400 Betten zur Verfügung. Wilke sagte im Inforadio des RBB: „Ich habe den Eindruck, dass die Ereignisse den Menschen hier doch sehr nahe gehen und auch spürbar ist, dass Menschen Hilfe brauchen.“

Allerdings hatte es in Brandenburg auch andere Töne gegeben. So hatte der SPD-Landrat aus Märkisch-Oderland, Gernot Schmidt, den russischen Präsidenten Wladimir Putin in einer Art Ergebnissadressse nach Seelow eingeladen, ohne die Ukraine auch nur mit einem Wort zu erwähnen. Stattdessen sprach sich Schmidt gegen „ein weiteres Vorrücken der Nato nach Osten aus“. Erst nach dem Einmarsch in der Ukraine rüderte der Landrat zurück und erklärte nun, auf eine Gedenkveranstaltung auf den Seelow-Höhen verzichten zu wollen.

Klare Worte findet dagegen Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD). Er sprach von einer „riesigen Solidarität“ in seinem Land. An Russland richtete er die Worte: „Herr Präsident Putin, stoppen Sie den Krieg!“

Parallelen zu 1981

„Für eure und unsere Freiheit“ hatte der polnische Historiker und Freiheitskämpfer Joachim Lelewel als Parole ausgegeben, als polnische Freischärler im Novemberaufstand 1980

den Kampf gegen die russischen Besatzer aufnahmen. Was er meinte: Wir führen unseren Kampf auch für andere in Europa. Auch während der Streiks der Solidarność, ohne die es den Fall der Mauer nicht gegeben hätte, war die Lösung wieder aufgegriffen worden. Nun sagt die polnische Literaturnobelpreisträgerin Olga Tokarczuk: „Der Angriff auf eine freie Ukraine ist ein Angriff auf Europa“.

Die Helden der Solidarność 1981 und die Flüchtlinge, die in den kommenden Tagen und Wochen zu Tausenden nach Berlin und Brandenburg kommen werden, haben also viel miteinander zu tun. Viele von Letzteren sind die Frauen und Kinder der Männer, die sich mit Molotow-cocktails russischen Panzern in den Weg stellen. Sie kämpfen auch für uns.

„Berlin. Stadt der Freiheit“: Lange war das nur noch ein Slogan des Stadtmarketing gewesen. Nun ist es über Nacht zur bitteren Wahrheit geworden. Die Berlinerinnen und Berliner haben am Sonntag gezeigt, dass sie sich dieser Wahrheit stellen. **Krieg in der Ukraine 3**

Die Wochenvorschau von Josua Gerner

Anwesenheit ist wieder gefragt

Neuer Monat, neue Jahreszeit? Am Dienstag ist der sogenannte meteorologische Frühlingsanfang (kalenderatisch ist es dieses Jahr der 20. März und nicht, wie in der Schule gelernt, am 21. März). Und tatsächlich soll diese Woche den Voraussagungen zufolge sonnig beginnen. Frühlingsgefühle zu entwickeln fällt beim Gedanken an die aktuelle Situation in der Ukraine wohl schwer.

Putins Krieg motiviert aber vielleicht dazu, auf die Straße zu gehen. Wie auch schon in der vergangenen Woche wird in den kommenden Tagen auch in Berlin für Frieden und Solidarität mit der Ukraine demonstriert. Die Versammlungen werden meist spontan geplant und angemeldet. Infos, wo und wann Demos stattfinden, gibt es online – beispielsweise bei der Initiative vitsche_berlin auf Instagram.

Ein anderes großes Thema wird diese Woche das Lockern der Corona-Maßnah-

men sein. Der Senat hat für Dienstag angekündigt, konkrete Beschlüsse diesbezüglich zu fassen. Diese sollen sich nach dem bundesweiten „3-Stufen-Plan“ richten. Vor allem das Berliner Partyvolk kann hoffen,

Für die Schulkinder tritt ab Dienstag die Präsenzpflicht wieder in Kraft

ab dem kommenden Wochenende unter 2G-plus-Regelungen wieder in den Clubs tanzen zu dürfen.

Und auch bei Großveranstaltungen sollen wieder deutlich mehr Menschen zugelassen werden: In Innenräumen mit einer Maximalauslastung von 60 und bei Veranstaltungen im Freien mit 70 Prozent. Apropos Maximalauslastung: Für die Schulkinder

der tritt ab Dienstag die Präsenzpflicht wieder in Kraft.

Auch wichtig: zum Problem „Catcalling“ – das sind sexuelle, meist verbale Belästigungen im öffentlichen Raum – bietet das Frauenzentrum „Paula Panke e. V.“ eine Ausstellung an. Die Vernissage findet am Donnerstag online auf YouTube unter dem Account Paula Panke statt. In den Tagen danach kann man die Ausstellung vor Ort in der Schulstraße 25 in Pankow nach vorheriger Anmeldung besuchen.

Donnerstag ist außerdem altbekannt der Kinostart von neuen Filmen in Deutschland: Diese Woche wird der neue Batman-Film, in dem sich Robert Pattinson vor den Superhelden-Fans beweisen muss, in die Kinos locken. Außerdem läuft auch diesen Montag, wie jede Woche im Friedrichshain-Kino International, die queere Filmreihe „MonGay“. Dieses Mal wird der Film „Parallele Mütter“ mit Penélope Cruz gezeigt.

QUEER DARLINGS

Fokus
März 01–13

SOPHIENSAELE.COM
FON 030 283 52 66

SOPHIE
SÄLE